



Niederschrift

27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.04.2017
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 17:45 Uhr
Herr Uwe Adler	SPD	bis 19:54 Uhr
Herr Daniel Keller	SPD	ab 18:45 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Christian Kube	DIE aNDERE	bis 19:40 und ab 19:50

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	bis 18:50 Uhr
--	-----	---------------

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE
Herr Viktor Kalitke	
Frau Tina Lange	DIE LINKE
Frau Grit Schkölziger	SPD
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW

Beigeordnete

Frau Petra Rademacher	FBL Bildung und Sport	Vertretung für: Frau Dr. Iris Jana Magdowski
-----------------------	--------------------------	---

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Ingeborg Naundorf	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
------------------------	-----------------------	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Dennis Hohloch	AfD	nicht entschuldigt
---------------------	-----	--------------------

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Ehl	Bürgerbündnis-FDP	nicht entschuldigt
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	entschuldigt
Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Herr Ronald Sima	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Eva Wieczorek	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Beigeordnete Geschäftsbereich 2	entschuldigt
------------------------------	---------------------------------	--------------

Schriftführer/in:

Frau Lina Schindler, Fachbereich Bildung und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Glasmeisterstraße als Potenzialstandort für den Sport in Babelsberg
Vorlage: 17/SVV/0221
Fraktion CDU/ANW
KOUL, SBV (ff)
 - 3.2 Schulreinigung eigenverantwortlich organisieren
Vorlage: 17/SVV/0284

- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WA KIS
- 3.3 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286
Fraktion DIE aNDERE
SBV, WA KIS, JHA, HA
- 3.4 Sportplatz Westkurve
Vorlage: 17/SVV/0290
Fraktion DIE aNDERE
WA KIS
- 3.5 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke
Vorlage: 17/SVV/0220
Fraktion CDU/ANW
alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke
- 3.6 Zielbild und strategische Ziele der Luftschiffhafen GmbH und der
Landeshauptstadt Potsdam für den Sportpark Luftschiffhafen
Vorlage: 17/SVV/0271
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
HA
- 3.7 Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam
bewältigen - Versorgung von Schülerinnen und Schülern in der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0312
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Integrationsmonitoring 2016
Vorlage: 17/SVV/0226
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 4.2 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 17/SVV/0242
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplan (Sachstand Baumaßnahmen)
- 4.4 Weidenhof-Grundschule nicht überlasten
17/SVV/0285
- 4.5 Unterbringungsmöglichkeiten für Klassen der Gesamtschule am Schiffhof
WV 21.03.2017
- 4.6 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen
Vorlage: 16/SVV/0403
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI, K/W (ff)
- 5 Sonstiges
- 5.1 Nächste Ausschusssitzungen

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
Zu Beginn der Sitzung sind **fünf** stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende
Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2017 erheben sich keine
Einwände. Der Niederschrift wird einstimmig **zugestimmt**.

Herr Viehrig schlägt vor die Tagesordnungspunkte 4.4 und 4.5 gemeinsam
aufzurufen. Des Weiteren schlägt er vor, die beiden Tagesordnungspunkte zu
Beginn der Sitzung zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder **stimmen** der vorgeschlagenen Verfahrensweise **zu**.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

Zum TOP 4.1:

- Frau Grasnick (Beauftragte für Migration und Integration)

Zum TOP 4.4 und 4.5

- Herr Zimmermann (Vorsitzender des Lehrerrates der Weidenhof-
Grundschule)

Den Rederechten wird **einstimmig zugestimmt**.

Ab 17:45 Uhr ist Herr Wollenberg anwesend. Es sind nun sechs stimmberechtigte
Mitglieder des Ausschusses anwesend.

zu 4.4 Weidenhof-Grundschule nicht überlasten 17/SVV/0285

zu 4.5 Unterbringungsmöglichkeiten für Klassen der Gesamtschule am Schifhof WV 21.03.2017

Frau Rademacher erläutert eine Übersicht zu möglichen Alternativstandorten.
Es wurden die Möglichkeiten zur Umsetzung einer Containeranlage, die

Unterbringung im Bürgerhaus am Schlaatz, im Humboldt-Gymnasium, im OSZ 1 und im Gymnasium Haeckelstraße geprüft (Anlage 1).

Herr Richter ergänzt zum Punkt Humboldt-Gymnasium, das zur Herstellung der benötigten Räume aufwendige Umbauarbeiten stattfinden müssten. Die betroffenen Schulleitungen sind informiert, dass Alternativstandorte aktuell geprüft werden. Gespräche zur detaillierten Planung wurden aber noch nicht geführt.

Herr Zimmermann stellt sich als Vorsitzender des Lehrerrates der Weidenhof-Grundschule vor. Er verweist auf die letzte Ausschusssitzung, in welcher die Schulleiterin, Frau Goldberg, bereits die Problematik der Schule erläuterte. Die Schule sehe bei einer Zusammenführung der rund 140 Gesamtschüler aus der Schilfhof Schule mit den ca. 350 Grundschulern der Weidenhof Schule den Ablauf des Schulbetriebes erheblich gefährdet. Schon jetzt gäbe es innerhalb der aktuellen Schülerschaft Probleme im Hinblick auf Integration. Durch eine solche Maßnahme wären weitere Probleme vorprogrammiert.

Herr Zimmermann sieht die Variante der Unterbringung im Gymnasium Haeckelstraße als gute Möglichkeit an. Die beschriebene Notwendigkeit der Schülerbeförderung stellt aus seiner Sicht kein Problem dar, da die Schüler aufgrund der guten Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel schnell die Schule erreichen können.

Frau Schkölziger berichtet, dass am Standort Gymnasium Haeckelstraße sich ebenfalls die Zeppelin-Grundschule befindet, die unmittelbar von allen Veränderungen am Standort betroffen ist.

In die Gespräche für einen möglichen Umzug der fünf Klassen aus der Gesamtschule am Schilfhof sollte daher auch die Direktorin der Zeppelin-Grundschule eingebunden werden. Daneben, die erwähnten Container ersetzen zur Zeit noch die Mensa und zwei Klassenräume der Grundschule. Bei der Diskussion zum Umzug der Schüler vom Schlaatz an den Standort Gymnasium Haeckelstraße sollte berücksichtigt werden, dass für das kommende Schuljahr Hortkapazitäten für die dortige Grundschule fehlen. Ein Ausbau des Hort "Sonnenland" soll möglich sein, dass ergaben frühere Beurteilungen, würden aber nicht rechtzeitig fertig werden. Da das Gymnasium noch aufwachsend ist und nicht alle Räume in ihrem Gebäude benötigen, wird von den Betroffenen (Grundschule und Hort) darüber nachgedacht und auch kommuniziert, dass der Hort diese nutzen könnte. Wenn die Schüler von der Gesamtschule am Schilfhof in die Haeckelstraße ziehen, stünde diese Option nicht mehr zur Verfügung.

Auf Nachfrage von Herrn Wollenberg, ob bereits mit der Schulleitung der Schilfhofschule Gespräche geführt wurden, erklärt Frau Rademacher, dass die Schulleiterin Frau Spickermann über das Vorhaben informiert ist. Weitere Gespräche würden folgen. Auch wird es Gespräche mit dem Staatlichen Schulamt, der Schulleitung und dem Caterer des Gymnasiums an der Haeckelstraße zu einer möglichen Realisierung geben.

Herr Richter erklärt auf Nachfrage, dass die Umsetzung einer Containeranlage möglich wäre und deren Verfügbarkeit frühestens ab den Herbstferien 2017 sichergestellt werden könne.

Nach anschließender Diskussion kristallisieren sich die Unterbringung am Gymnasium Haeckelstraße und der Aufbau einer Containeranlage als einzig mögliche Lösungen heraus. Auch die Verwaltung favorisiert zurzeit die Variante der Unterbringung im Gymnasium Haeckelstraße.

Herr Viehrig bittet die Verwaltung um regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss für Bildung und Sport zum Fortschritt der Planung.

Auf Nachfrage von Herrn Kube, warum eine Umsetzung zum Anfang des Schuljahres nicht möglich ist, erklärt Herr Richter, dass dies die Aussage der zuständigen Firma sei.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Antrag zur Kenntnis.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Glasmeisterstraße als Potenzialstandort für den Sport in Babelsberg** **Vorlage: 17/SVV/0221** Fraktion CDU/ANW

Herr Viehrig bringt den Antrag ein.

Herr Wollenberg und **Herr Kube** sprechen sich für eine Sicherung der Fläche für öffentliche Infrastruktur aus. Eine Fläche von 35 Tsd. m² biete viele Möglichkeiten der Nutzung.

Frau Rademacher führt aus, dass der Fachbereich Bildung und Sport eine Flächensicherung für den Sport grundsätzlich unterstütze. Allerdings sei laut einer Stellungnahme des Bereiches Stadterneuerung der Standort aber für Wohnraum und Gewerbe eine wichtige Potenzialfläche. Auch stehe das Vorhaben in Konkurrenz zu Entwicklungsbedarfen des Oberlin-Hauses. Ferner entstände eine Entschädigungspflicht aufgrund der Grundstücksentwertung und die Kosten der Altlastensanierung kämen auf die Landeshauptstadt zu. Laut Altlastenfreistellungsregelung des Landes wird die Schaffung von gewerblichen Arbeitsplätzen für eine Freistellung vorausgesetzt.

Herr Richter ergänzt, dass sich dieser Standort bei einem Preis von 500 € pro m² und aufgrund der nötigen Altlastenentsorgung als wirtschaftlich ungeeignet darstellt.

Herr v.d. Osten-Sacken empfiehlt, sich zur Prüfung von Potenzialflächen auf Grundstücke, die im Besitz der Stadt liegen zu fixieren.

Herr Viehrig schlägt vor, die Fläche zur öffentlichen Nutzung prüfen zu lassen, sowie Möglichkeiten der Sportnutzung (Klein- oder Großfelder) mit einzubeziehen.

Der Antrag wird **geändert** zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Sicherung der Glasmeisterstraße als zukünftigen Standort **für öffentliche Infrastruktur (Beispielsweise**

Sportflächen) für eine Sportstätte (z. B. Sporthalle/Sportplatz mit Laufbahn) zu prüfen. Dem Ausschuss für Bildung und Sport ist im Oktober 2017, über Varianten und mögliche Zeithorizonte zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **1**

zu 3.2 Schulreinigung eigenverantwortlich organisieren

Vorlage: 17/SVV/0284

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler bringt den Antrag ein. Mit dem Antrag soll ein Lösungsvorschlag für die aktuellen Probleme bei der Schulreinigung gegeben werden.

Herr Richter erklärt, dass bei Bereitstellung eines Budgets für die Schulen eine Vertretungsregelung für Fälle der Urlaubs- und Krankenvertretung schwierig zu gestalten wäre.

Frau Eifler entgegnet, dass diese Variante eine direkte Kommunikation zwischen den Parteien (Schule - Reinigungspersonal) ermöglichen könne.

Auf Nachfrage von **Frau Dannenberg**, wie sich die Fraktion die Umsetzung vorstelle, erklärt Frau Eifler dass die formellen Regelungen noch unklar seien.

Herr Wollenberg bezieht sich auf die damalige Übernahme der Sachkostenverwaltung durch die Schulen. Auch hier gestaltete sich die Organisation durch die Schulen problematisch.

Frau Rademacher berichtet, dass es bereits Verständigungen mit dem Fachbereich und dem KIS gab, wie eine Qualitätsverbesserung der Reinigungsleistung erreicht werden kann.
Eine Verwaltung des Budgets über die Schule würde die Schulleitungen aus organisatorischer Sicht überfordern. Daher müsste die Verwaltung das Personal an Schulen aufstocken.

Frau Schkölziger merkt an, dass die Reinigung auch immer eine Sache der Schülerschaft ist. An Schulen an denen die Reinigung gut funktioniert kümmern sich die Schüler auch selbst darum die Schule sauber zu halten.

Auf Nachfrage von **Herrn Adler**, ob man Aufgrund von rechtlichen Vorschriften zur Reinigung gegen die Reinigungsfirmen welche diese nicht einhalten vorgehen könnte, antwortet Herr Richter dass die Reinigungsqualität meist personalabhängig ist. Das sehe man an den qualitativen Unterschieden der Reinigung an den verschiedenen Schulen.

Herr Kube sieht die Reinigung der Schule durch die eigenen Schüler als interessante Möglichkeit für betroffene Schulen das Problem eigenständig zu lösen. Herr Kube schlägt vor den Antrag dahingehend zu modifizieren, dass die Auslagerung des Budgets zur Gebäudereinigung nur an den Schulen durchgeführt wird, an denen die Notwendigkeit dazu besteht.

Frau Eifler erklärt, dass keine Schule gezwungen wäre die Budgetverantwortung selbst zu übernehmen aber den Schulen die Möglichkeit dazu freigestellt werden sollte. Im Namen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sagt sie die Überarbeitung des Antragstextes zu.

Der Antrag wird somit **zurückgestellt**.

zu 3.3 **Kunstrasenplatz Nowawiese**

Vorlage: 17/SVV/0286

Fraktion DIE aNDERE

Herr Kube bringt den Antrag ein. Eine Aufwertung des Platzes zum beleuchteten Kunstrasenplatz sei zwingend notwendig.

Herr Viehrig erklärt, dass die Nutzung von Rasenplätzen in der Winterzeit generell ein Problem darstelle.

Herr Richter ergänzt, dass ist der Winterzeit die meisten Rasenplätze gesperrt wären. Im Falle des Platzes an der Nowawiese würde die Sperrung durch die starke Durchfeuchtung etwas länger anhalten. Bei einem Kunstrasenplatz wäre eine intensivere Nutzung möglich.

Herr Gessner ergänzt, dass die benötigten rund 700 Tsd. € nicht in der Haushaltsplanung vorgesehen wurden. Darüber hinaus erscheint die beantragte Maßnahme als unwirtschaftlich, da die Sportanlage erst im Sommer 2016 zur Nutzung übergeben wurde. Des Weiteren müsste eine Genehmigung der Bauaufsicht eingeholt werden. Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur knüpfte seinerzeit im Rahmen einer Dissensentscheidung zum Bauantrag vom Juli 2013 für dieses Vorhaben weitreichende Bedingungen an ihre Zustimmung. Auflagen waren hierbei auf zusätzliche bauliche Anlagen, wie ein Sportfunktionsgebäude mit Umkleiden und Sanitarräumen zu verzichten. Ab einer Höhe von 2m wurden statt sichtbehindernden Ballfangzäunen, Ballfangnetze angebracht. Auch auf Flutlichtmasten, bei einer üblichen Höhe von 12 m, musste verzichtet werden. Bei diesen Bedingungen sei nicht klar, ob nicht auch der Kunstrasenplatz genehmigungsfähig wäre.

Nach genommenen Bodenproben wurde festgestellt, dass eine Flüssigkeitsansammlung nur in der oberen Schicht des Platzes vorhanden sei. Demnach würde sich in einigen Monaten eine Verbesserung zeigen.

Herr Böttcher berichtet, dass von einer Sperrung von bis zu zwei Monaten ausgegangen wird und die Rede bisher nicht nur von ein paar Wochen gewesen war. Eventuell könne durch neue Verhandlungen eine neue Dissensentscheidung erwirkt werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Adler**, ob eine Versiegelung der Fläche notwendig sei erklärt Herr Richter, dass Kunstrasenplätze grundsätzlich wasserdicht seien eine Beeinträchtigung sei nach einigen Jahren der Nutzung aber gegeben.

Herr v.d. Osten-Sacken merkt an, dass sich schon nach einer dreijährigen

Nutzung des Platzes und bereits vorliegendem Dissensverfahren eine neue Verhandlung schwierig gestalten.

Herr Richter hält den Bau und die Investition in einen Kunstrasenplatzes nur an einem Standort für sinnvoll an dem auch Möglichkeiten für Flutlichtbeleuchtung und die Möglichkeiten zum Bau eines Sportfunktionsgebäudes vorhanden sind. Ein neues Dissensverfahren wäre aufgrund der langen Zeitplanung nicht zu empfehlen.

Auf Nachfrage von **Frau Dannenberg** zur Dauer des Dissensverfahrens antwortet Herr Richter, dass von Beginn der Einreichung des Bauantrages bis zur Entscheidung der Ministerin ein 3-jähriges Verfahren stattgefunden hat.

Nach weiterer Diskussion zum Antrag **stellt** die Fraktion DIE aNDERE als Antragsteller die Vorlage zunächst **zurück**.

zu 3.4 Sportplatz Westkurve
Vorlage: 17/SVV/0290
Fraktion DIE aNDERE

Herr Kube bringt den Antrag ein. Die Bürgerinitiative Westkurve wandte sich an die Fraktion, um auch den Freizeitsport am Standort zu ermöglichen. Die Bürgerinitiative beklagte, nicht ausreichend in die Planung mit einbezogen worden zu sein.

Herr Gessner erläutert, dass der Sportplatz Westkurve hauptsächlich für die Schulsportnutzung vorgesehen sei. Eine Nutzung durch den Wettkampfsport sei aufgrund der Ausstattung des Platzes nicht gegeben. Lediglich eine Nutzung durch den Breitensport ist möglich. Der Fachbereiches Bildung und Sport sah die Nutzung eines Kunststoffbelages statt eines Tennenbelages für die Nutzung zum Schulsport als zweckdienlicher an. Letzterer sei zudem sehr wartungsintensiv.

Herr Richter ergänzt, dass es auch ein umfangreiches Beteiligungsverfahren mit der Bürgerinitiative gegeben habe. Die Bürgerinitiative habe den Kunststoffbelag abgelehnt. Bis auf den Bau einer Flutlichtanlage, dies sei aus finanzieller Sicht und aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zur Wohnbebauung am Standort nicht möglich, sind die benannten Maßnahmen bereits geplant und baugenehmigungsrechtlich beantragt. Eine Beleuchtung in Form von Strahlern auf den Pfosten der Ballfanganlage sei gegeben.

Herr Böttcher weist darauf hin, dass die Bürgerinitiative Westkurve ein wichtiger Partner sei. Sie habe erheblich zur Umsetzung des Platzes beigetragen.

Frau Rademacher ergänzt, dass es wichtig sei, dass die öffentliche Nutzung für beispielsweise öffentliche Veranstaltungen dem Schulbetrieb nicht entgegenstehen darf.

Frau Schkölziger spricht sich für eine klare Abtrennung der Nutzungszeiten von Schulsport und öffentlicher Nutzung aus. Dabei müsse der Schulsport Vorrang haben. Auch **Herr Wollenberg** sieht die Lösung in einer verbindlichen Vereinbarung von Nutzungszeiten für beide Parteien.

Herr Richter informiert, dass Nutzungszeiten geregelt und ausgeschildert werden

sollen.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Maßnahmen umzusetzen, um die Nutzung des Sportplatzes Westkurve auch durch den Freizeitsport zu ermöglichen:
 - Sanierung des Tennenbelages auf dem Fußballplatz
 - Bau einer Beleuchtungsanlage, die die Nutzung des Platzes ganzjährig auch in den späten Nachmittags- und Abendstunden ermöglicht
 - Herstellung eines Wasseranschlusses
 - Erarbeitung einer Nutzungsvereinbarung mit dem Stadtteilnetzwerk Potsdam-West.
2. Bei der weiteren Planung der Sportanlage ist die BI Westkurve wieder als gleichberechtigter Partner einzubeziehen.
3. Über die weitere Entwicklung der Sportanlage ist der Ausschuss für Bildung und Sport - beginnend im September 2017 - mindestens vierteljährlich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

zu 3.5 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke
Vorlage: 17/SVV/0220
Fraktion CDU/ANW

Herr Viehrig bringt den Antrag ein.

Herr Richter erklärt, dass zurzeit geprüft werde, ob ein Investor zur Verfügung steht. Der KIS ist momentan nicht in der Lage, die Halle mit eigenen Mitteln zu ertüchtigen. Damit die bisherigen Nutzer die Halle weiterhin im gewohnten Umfang nutzen können, kann derzeit nur eine Investor Abhilfe schaffen, mit dem eine dauerhafte vertragliche Regelung geschaffen werden müsste.

Es werden einige Änderungen zum Antragstext vorgeschlagen.

Herr Viehrig stellt den Antrag im Namen der Fraktion CDU/ANW **zurück** um bis zur nächsten Ausschusssitzung den Antragstext dahingehend anzupassen, dass Konditionen angegeben werden, welche eine Nutzung durch Vereine, wie im bisherigen Umfang, sicherstellen.

zu 3.6 Zielbild und strategische Ziele der Luftschiffhafen GmbH und der Landeshauptstadt Potsdam für den Sportpark Luftschiffhafen
Vorlage: 17/SVV/0271

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Frau Rademacher informiert, dass die Vorstellung des Zielbildes bereits im Hauptausschuss erfolgt sei. Sie geht auf die Projektgruppe „Zukunft Luftschiffhafen“ ein. Auch weitere themenspezifische Projektgruppen wurden gebildet. Im Ergebnis der letzten Arbeitsgruppe „Sportpark Luftschiffhafen“ wird nun eine Zielvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt und der Luftschiffhafen GmbH abgestimmt.

Herr Henkelmann stellt sich als neuer Koordinator des Sportparks Luftschiffhafen vor. Bisher war er im Fachbereich Bildung und Sport für den Haushalt und die Leitung des Bereiches Service zuständig.

Frau Pichler fragt nach der künftigen Einbeziehung des Stadtsportbundes in die Sitzungen der Arbeitsgruppe „Sportpark Luftschiffhafen“.

Frau Rademacher erklärt, dass in der Auftaktveranstaltung auch über die Auswahl der künftig Teilnehmenden gesprochen wurde. Der Stadtsportbund wird - wie bisher üblich - eingeladen.

Herr Kube verlässt den Sitzungssaal, damit sind fünf stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das **Zielbild und die strategischen Ziele für den „Sportpark Luftschiffhafen“** als Grundlage für dessen weitere Entwicklung und Betreuung sowie für die Erarbeitung der zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Luftschiffhafen Potsdam GmbH abzuschließenden Zielvereinbarung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.7 Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - Versorgung von Schülerinnen und Schülern in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0312

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Frau Rademacher informiert, dass Vergleiche der Schülerzahlen gemacht wurden. Eine verlässliche Prognose bzw. qualifiziertere Berechnung, als bislang bei der Schulentwicklungsplanung zugrunde gelegt wurde, könne nicht geleistet werden. Weitere Vorbereitungsklassen zu den bisher bekannten wurden mittlerweile in der Sportschule Potsdam, im Oberstufenzentrum 1 – Technik und im Oberstufenzentrum 3 „Johanna Just“ eingerichtet.

Herr Keller fragt, welche Möglichkeiten es für die Stadt gebe, sogenannte „Schwerpunktschulen“ zu vermeiden?

Frau Rademacher erläutert, dass die Möglichkeiten begrenzt seien. Man sei hier auf die Berichterstattungen der Schulen angewiesen. Bei der Verteilung der Vorbereitungsklassen könne eine Aufteilung auf Schulen im gesamten Stadtgebiet einem Schwerpunkt entgegenwirken. Verständigungen mit dem Staatlichen Schulamt dazu finden statt.

Auf Nachfrage von **Herrn Keller**, ob ein Schüler mit Wohnortnähe zu einer bestimmten Schule auch an einer anderen untergebracht werden könnte um die Verteilung der Schüler besser zu organisieren antwortet **Frau Rademacher**, dass der Schüler nur an Standorten an denen Willkommensklassen vorhanden sind unterkommen könne. Auch seien rechtliche Bedingungen an die Aufnahme an einer bestimmten Schule geknüpft.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Integrationsmonitoring 2016

Vorlage: 17/SVV/0226

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Grasnick stellt anhand einer Powerpointpräsentation das Integrationsmonitoring 2016 vor (**Anlage 2**).

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.

zu 4.2 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 17/SVV/0242

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Frau Rademacher geht auf die Vorschläge des Berichtes ein, die den Bereich Schule und Sport betreffen:

LBB-Nr. 6 Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen

LBB-Nr. 9 Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren

LBB-Nr. 12 Schulweg- Verkehrssicherheit durch unterstützende Maßnahmen

Herr Gessner berichtet zu den folgenden Themen:

LBB-Nr. 16 Babelsberg und Potsdamer Norden: Fußballplätze einrichten

LBB-Nr. 20 Sportforum Waldstadt: Umwandlung des Schotterplatzes in Kunstrasen

Die Maßnahmen befinden sich aktuell in Umsetzung und sind in der Haushaltsplanung eingeplant.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Rechenschaftsbericht **zur Kenntnis**.

zu 4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplan (Sachstand Baumaßnahmen)

Herr Richter stellt den aktuellen Fortschrittsbericht zu den Baumaßnahmen an Schulen anhand einer Powerpointpräsentation vor. **(Anlage 3)**

Zur Grundschule am Bornstedter Feld merkt er an, dass sich aufgrund des veränderten Anwahlverhaltens der Fahrländer Schüler, voraussichtlich die Anzahl der Züge reduzieren wird. Von den bisher geplanten 3 Zügen wäre nach aktuellem Stand nur noch 1 Zug notwendig.

Herr Wollenberg weist darauf hin, dass sich mit verminderter Klassenstärke die Zugzahl erhöhen könne. Zudem böte diese Schule zukünftig mögliche Puffer.

zu 4.6 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen

Vorlage: 16/SVV/0403

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Viehrig berichtet, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses am 21.02.2017 zurückgestellt wurde, da die Einstellung der Fachkraft für „Kommunale Koodinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ noch nicht erfolgt war. Eine Nachfrage im zuständigen Bereich Soziales und Gesundheit ergab, dass die Stelle ausgeschrieben aber noch nicht besetzt sei. Daher empfiehlt er den Antrag weiterhin **zurückzustellen**.

Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Verfahrensweise zu.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 Nächste Ausschusssitzungen

Herr Viehrig erklärt, dass für eine Sitzung in der Grundschule „Am Priesterweg“ noch mit dem Begegnungszentrum Oskar bezüglich der Räumlichkeiten

gesprochen werden müsse. Die nächste Sitzung solle daher im Raum 1.077 stattfinden. In der Junisitzung könne man die Sitzung sobald die Absprachen erfolgt sind in der Grundschule „Am Priesterweg“ abhalten.